

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	20
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	23/2024
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	18.03.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau La Corte (JB-BiP)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / fr		
Betreff:	Sachbeschlüsse und Informationen zu den Haushaltsberatungen 2024/2025 der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 14.03.2024, GRDRs 23/2024, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Förderung des Vereins Team Tomorrow für das Projekt "Tomorrow Campus Stuttgart" zur Stärkung der Demokratiebildung in Stuttgart in Höhe von je 160.000 EUR in den Jahren 2024 bis einschließlich 2027 wird zugestimmt.
2. Der Förderung des Freiwilligenzentrums Kaleidoskop des Caritasverbands für Stuttgart e. V. für die Fortführung des Projekts und der Plattform www.check-e.jetzt zur Vermittlung von Lerntandems in den Jahren 2024 und 2025 in Höhe von je 85.000 EUR wird zugestimmt.
3. Der weiteren Konzeptentwicklung, Erprobung und Umsetzung konkreter Bausteine des kommunalen BNE-Netzwerks im Kontext von "Natürlich Nachhaltig Stuttgart - BNE im urbanen Raum" in den Jahren 2024 bis einschließlich 2027 in Höhe von je 56.000 EUR wird zugestimmt.
4. Der Förderung von Demokratiebildungsprojekten an Schulen in den Jahren 2024 und 2025 in Höhe von je 30.000 EUR sowie der Konzeptentwicklung und Etablierung eines Tags für Demokratie und eines Demokratiepreises für Bildungseinrichtungen wird zugestimmt.

5. Die Finanzierung der Beschlussanträge 1 bis 3 erfolgt aus den dafür bereitgestellten Mitteln i. H. v. 301.000 EUR in den Jahren 2024 und 2025 im Teilergebnishaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107080 - Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und 440 - Sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Finanzierung des Beschlussantrags 4 i. H. v. 30.000 EUR erfolgt in den Jahren 2024 und 2025 im Teilergebnishaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107080 - Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft, Kontengruppe 42510 - sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt bis zur Genehmigung des Haushalts durch das Regierungspräsidium gemäß den Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Alles Wissenswerte sei in der Vorlage dargestellt, insofern werde auf eine Einführung verzichtet, so die Vorsitzende.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) lobt die Beschlüsse und Auswirkungen der Haushaltsplanberatungen für die Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft und der daraus resultierenden Vorhaben, um die Bildungsgerechtigkeit in Stuttgart weiter zu stärken. Für die kommunale Schulentwicklung seien diese Vorhaben außergewöhnlich im Vergleich zu anderen Schulen im Land. Vom Bund sei das geplante Startchancen-Programm auf den Weg gebracht worden, das Schulen in kritischer Lage besonders unterstützen solle. Der Stadtrat erkundigt sich, ob es bereits Absprachen hinsichtlich der Vorhaben gebe, die in Stuttgart zur Anwendung kommen sollen. Ob es einen Anknüpfungspunkt zu Schulen gebe, die in Stuttgart von dem Programm profitieren könnten, interessiert StR Lazaridis. Hierzu äußert Frau La Corte (JB-BiP), man müsse in einem guten Austausch mit dem Land bzw. mit dem Kultusministerium sein, was die Planungen angehe. Frühzeitig werde in Kontakt getreten, damit die Maßnahmen an die bisherigen Programme anknüpfen können, um für Stuttgart als Kommune und für die einzelnen Schulen viel zu bewegen.

StR Dr. Nopper (CDU) interessiert, ob es im Sinne des Erfolgs zu einer Evaluation hinsichtlich des Einsatzes der beschlossenen Mittel im Haushalt kommen werde. Die Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss (JHA) werde beibehalten, teilt Frau La Corte mit, damit Prozesse und Projekte transparent nachvollzogen werden können.

Hinsichtlich des Startchancen-Programms möchte Herr Käpplinger wissen, ob die Schulen der Stadtteile, die betroffen seien, mit Maßnahmen des Programms ergänzt, und bestehende Maßnahmen implementiert werden können. Die Vorsitzende informiert, in Stuttgart sei man bereits gut aufgestellt, allerdings mit einer eigenen Förder- und Auswahlsystematik, die nicht deckungsgleich sein könne mit dem Programm, welches vom Land komme. Mit zusätzlichen Programmen vom Land, oder die, die mittelbar vom Bund kämen, solle nicht das kompensiert werden, was die Stadt bereits durchführe. Die erfolgreichen Programme der Kommune sollen nicht beendet werden, sondern eine zusätzliche - auch fachliche - Förderung solle durch die Programme erreicht werden. Wenn es zusätzliche Möglichkeiten einer Förderung gebe, sollen diese in Stuttgart aufgegriffen werden.

Frau La Corte bedankt sich für die Beschlüsse, die auf Gemeinderatsdrucksachen beruhen, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen positiv beschieden worden sind. Die Förderung von Demokratiebildungsprojekten an Schulen werde nach wie vor aktiv angegangen, wie z. B. die Förderung des Projekts "Tomorrow" zur Stärkung der Demokratiebildung in Stuttgart, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Die Fach- und Beratungsstelle, die im Rahmen des Aktionsplans Kinderfreundliche Kommune (Maßnahme 5.4) geschaffen werde, solle Stuttgarter Schulen dabei unterstützen, dass der Lern- und Lebensraum Schule ein angst- und gewaltfreier Bildungsort für Schülerinnen und Schüler ist. Diese Maßnahme sei dringend notwendig für einen Schulentwicklungsprozess. Abseits der Maßnahmen, so Frau La Corte, gebe es noch viel zu tun, um die Bildungsteilhabe zu erhöhen, damit die Bildungsbiographien gestärkt werden. Die Gelingensbedingungen müssten auch außerhalb der Schule gesucht werden, wie beispielsweise durch die Weiterführung des Modellprojekts "Clearingstelle an den berufsbildenden Schulen" mit dem Ziel, die Übergangsgestaltung zwischen den allgemeinbildenden und dem beruflichen Schulsystem mit den Trägern der Jugendhilfe zu verbessern.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
JB-BIP
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. OB-CG
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand